

1/2026



Foto: Anne Marie Frauendorf, Am Rosa-Luxemburg-Steg, 11. Januar 2026

Inhalt

Vorwort

Sonja Miltenberger S. 2

45 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt – wer hätte das gedacht?

Jürgen Karwelat S. 3

Einladung zur Mitgliederversammlung S. 4

Ein Querkopf mit Fantasie und Disziplin : Erinnerungen an Bernhard Müller

Jürgen Karwelat S. 5

„Der schlimmste Fehler von Frauen ist ihr Mangel an Größenwahn“

Veranstaltung der BGW zum 8. März 2026

Gabriele Frydrych und Peter Lassau S. 7

„Damals wurde uns klar, dass Bleiben Lebensgefahr bedeutete - Eva Siewert und Alice Carlé, eine Liebe während der Shoa“

Gertrud Fischer-Sabrow S. 13

Eine Brücke für Rosa L. – Band 3 der Forum Reihe der Berliner Geschichtswerkstatt erschienen

Jürgen KarwelatS. 17

„Subjektivität in der Geschichtsarbeit : Die Praxis der neuen Geschichtsbewegung am Beispiel der Berliner Geschichtswerkstatt“

Polina Berleva S. 24

„Durch ein Fenster gesehen ... Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis– 1933 bis heute“

Anne Marie Frauendorf..... S. 30

Bericht aus der Geschichtswerkstatt

Marius Krefß S. 33

Vorwort

Sonja Miltenberger

Ja, das war er: Ein Querkopf mit Fantasie und Disziplin. Wir nehmen Abschied von Bernhard Müller, einem langjährigen Mitglied unseres Vereins.

Und langjährig war auch der Kampf um die Brückenbenennung am Landwehrkanal, von dem unsere aktuelle Publikation in aller Ausführlichkeit informiert.

Ja, der Größenwahn fehlt den Frauen immer noch, wie Trobadora Beatriz schon Mitte der 1970er Jahre feststellen musste. Aber wir werden nicht locker lassen und immer wieder zum Weltfrauentag darauf hinweisen, so wie auch in diesem Jahr. Und auch das Buch über *Eva Siewert und Alice Carlé* ist etwas ganz Besonderes. Die Rezension von Gertrud Fischer-Sabrow *über eine Liebe während der Shoa* hat mich persönlich tief beeindruckt.

Die Arbeit von Polina Berleva passt punktgenau zu unserem 45-jährigen Jubiläum und macht Mut, weiterzumachen. Interessant ist natürlich auch der Blick von außen auf unseren Verein und auch die Fragen, die Polina stellt, sind wichtig.

Auch im Beitrag von Anne Marie Frauendorf wird die Arbeit der Geschichtswerkstätten thematisiert. Sie berichtet über eine sehenswerte Ausstellung im ehemaligen SA-Gefängnis Papestraße, einem heutigen Gedenkort.

Seit einiger Zeit ist Marius bei uns im Praktikum. Wie er seine Eindrücke von der Arbeit im Verein beschreibt, kann uns nur froh und optimistisch stimmen.



Und hier noch eine bahnbrechende Neuerung in unserem Laden, realisiert und kommentiert von Jürgen Karwelat: „Generationen von Nutzerinnen und Besuchern des Ladens in der Goltzstraße kennen das: Will man das Licht in der Toilette oder in der Küche anschalten, erwischt man mit großer Wahrscheinlichkeit den falschen Schalter. Küche oben, Toilette unten. Wer kann sich das schon merken? Jetzt nach über 40 Jahren gibt es endlich einen Hinweis gegen Fehlschaltungen.“

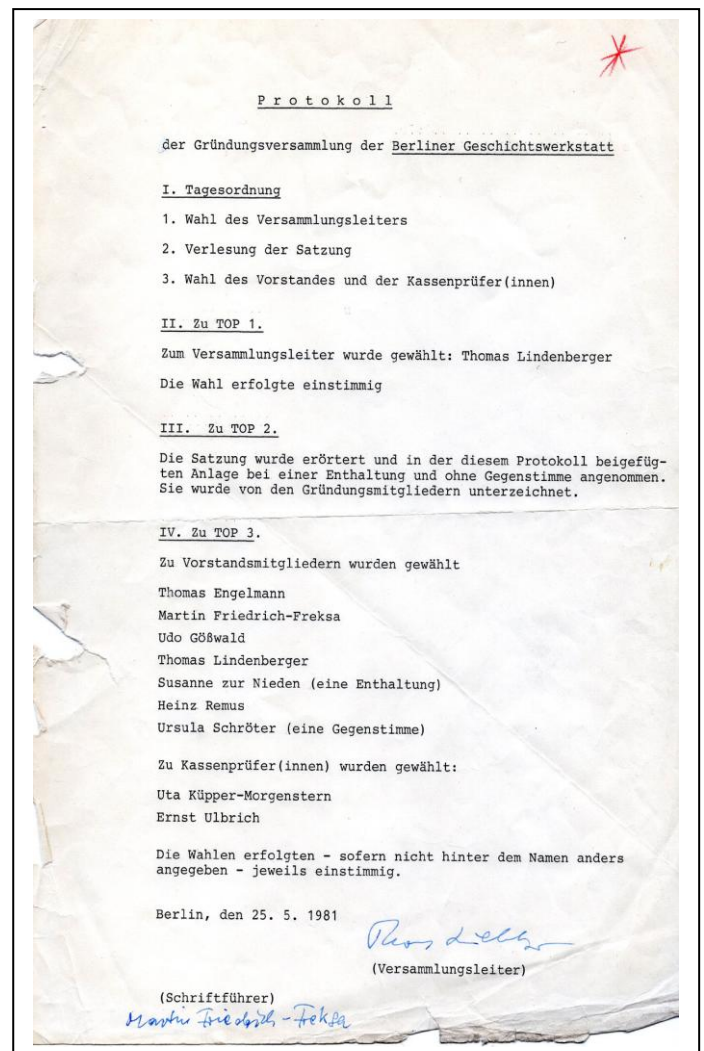
45 Jahre Berliner Geschichtswerkstatt – wer hätte das gedacht?

Jürgen Karwelat

In den letzten Jahren ist es immer häufiger vorgekommen, dass die Geschichtswerkstatt Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen war. Wir Akteure wurden ein Beobachtungsobjekt. Das ist auch nicht verwunderlich, denn die Berliner Geschichtswerkstatt war eine der ersten, wenn nicht sogar die erste Aktionsgruppe dieser Art im alten Westdeutschland und West-Berlin. Wir haben weiter gemacht, im Gegensatz zu anderen damals gegründeten Geschichtswerkstätten und erfreuen uns als Organisation guter Gesundheit, obwohl auch wir, wie andere Organisationen, darunter leiden, dass der Altersdurchschnitt der Mitglieder immer weiter nach oben geht. Die Gründung liegt jetzt 45 Jahre zurück. Einige unserer Mitglieder sind von Anfang an dabei. Die formale Gründung des Vereins ist auf den 25. Mai 1981 datiert. Von den sieben damals gewählten Mitgliedern des Vorstands sind vier weiterhin mit uns in Kontakt, wenn auch nicht alle Vereinsmitglieder sind.

Wir wollen durch eine kleine Feier am Samstag, den 6. Juni 2026 ab 17 Uhr auf 45 Jahre Arbeit des Vereins zurück blicken. Alle damaligen Aktivisten und Interessierten sind herzlich eingeladen. Wer will, kann auch an der öffentlichen Mitgliederversammlung teilnehmen, die um 15 Uhr beginnt.

Dies kann auch schon der Ausblick auf das Jahr 2031 sein, denn in fünf Jahren werden wir unser 50. feiern. Da bin ich ganz sicher.



Einladung

zur Mitgliederversammlung
mit anschließender Jubiläumsfeier zu unserem 45-jährigen Bestehen
am Samstag, 6. Juni 2026, 15 Uhr
in unserem Laden in Schöneberg, Goltzstraße 49

Liebe Vereinsmitglieder,
wir laden euch ein zu unserer jährlichen Mitgliederversammlung.
Als Tagesordnungspunkte schlagen wir folgende vor:

Tagesordnung:

1. Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollantin
2. Berichte aus den Projekten und aus der Arbeit des Geschäftsführenden Ausschusses
3. Vorstellung des Kassenberichts und Entlastung des Geschäftsführenden Ausschusses
4. Wahl der Kassenprüferinnen und des Geschäftsführenden Ausschusses
5. Verschiedenes

Wir hoffen auf zahlreiches Erscheinen!

Mit herzlichen Grüßen



Sonja Miltenberger

Ein Querkopf mit Fantasie und Disziplin

Jürgen Karwelat

Am 2. Dezember 2025 starb Bernhard Müller im Alter von 75 Jahren. Bernhard war eines unserer „dienstältesten“ Mitglieder seit Mitte der 1980er Jahre. Der echte Berliner hatte bei BASF in Ludwigshafen Industriekaufmann gelernt und studierte danach Geschichte an der Freien Universität Berlin. Bernhard hat jahrzehntelang das Vereinskonto betreut und die Jahresabrechnungen erstellt. Gisela Wenzel wies mich mit folgenden Worten darauf hin: „Als Kassierer hat er unserem anfänglichen Sponti-Verein die Haushaltsführung beigebracht und mit viel Geduld die diversen Projektabrechnungen zur Jahresabrechnung zusammengeführt.“ Jahrelang hat sich Bernhard als Ausstellungsmacher betätigt. Sein Langzeitprojekt war die Ausstellung „Vom Zusammenwachsen einer Region – Berlin und Brandenburg“, die in den 1990er Jahren an unzähligen Stellen in Berlin und Brandenburg gezeigt wurde. An Entstehung und Herstellung waren viele Mitglieder der Berliner Geschichtswerkstatt beteiligt. Um die Zahlen der Berliner Geschichtswerkstatt hat er sich bis zum Jahr 2022 gekümmert, als bei ihm die Kräfte schon nachließen.

Mit Bernhard haben mich zwei weitere Aktionsbereiche über viele Jahre verbunden: das „Mobile Museum“ und Auseinandersetzung um Berliner Straßennamen. Mitte der 1980er Jahre hatte Bernhard die geradezu ideale Idee, einen ausgedienten BVG-Bus zu einem mobilen Ausstellungsbus umzubauen und dort Ausstellungen zu zeigen. Gesagt, getan. Nach meiner Erinnerung konnten wir 1987 mit gespendetem Geld der damaligen „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ einen ausrangierten BVG-Bus kaufen, dessen Inneres wir ausweideten und als Ausstellungsraum herrichteten. Außerdem wurde der Bus, der keinen Motor mehr hatte, rot gestrichen. Die erste Ausstellung fand 1987 vor der Berliner Philharmonie in der Tiergartenstraße statt. Sie erinnerte an die „Euthanasie-Aktion“ der Nationalsozialisten, die von der Tiergartenstraße 4 aus gesteuert wurde. Legendär waren die vier Ausstellungen im Bus zu Straßennamen im alten West-Berlin und die Foto-Ausstellung „Von Krenz zu Kohl“ nach dem Fall der Mauer unter dem Fernsehturm, am Alexanderplatz und an der Gedächtniskirche. Aufsehen erregte die rote Fahne vor dem KaDeWe in der Tauentzienstraße anlässlich der Fotoausstellung „Russen in Berlin“. Bernhard Müller und Lutz Birkholz kümmerten sich um die Technik, z.B. um den Unimog, mit dem der motorlose Bus durch die Stadt geschleppt werden musste. Ich selbst hatte große Mühe, für den Bus legale Stellplätze zu finden. Alle paar Wochen musste der Bus umziehen. Glücklicherweise herrschte eine Zeitlang im alten Ost-Berlin verwaltungstechnisch Freiraum.

Ohne Genehmigung und negative Folgen stand der Bus längere Zeit vor der befreundeten Kindertagesstätte in der Oderberger Straße. Das Projekt ging leider unrühmlich zu Ende, da wir den Bus eine Zeitlang in Treptow in einer Laubenkolonie abgestellt hatten und dort nach und nach zahlreiche Fensterscheiben und auch das Innere zerstört wurden, so dass sich eine Reparatur nicht mehr lohnte und wir den Bus 1990 verschrotten mussten.

Der andere Bereich der gemeinsamen Aktivitäten von Bernhard und mir war das Thema Straßennamen. Bernhard hat in dem 1988 von uns herausgegebenen Buch „Sackgassen – Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen“ intensiv mitgewirkt. Drei Artikel stammen von ihm, unter anderem ein bedeutsamer Beitrag zu Straßennamen in Reinickendorf, seinem damaligen Wohnort. Bernhard und ich sind die Herausgeber der Reproduktion des Stadtplans von 1946, einem Kuriosum der Berliner Geschichte, da dort eingetragene neue Straßennamen aufgrund der politischen Entwicklungen nie umgesetzt wurden. Der Stadtplan ist bis zum heutigen Tage ein Dauerbrenner unseres Buchverkaufs.

Nach einem wohl nicht erkannten Hirnschlag ging es 2024 mit Bernhard bergab. Er musste die Verwaltung des Mehrfamilienhauses in Friedenau, in dem er wohnte, aufgeben und war auch nicht mehr in der Lage, seine täglichen Dinge zu erledigen. Er konnte glücklicherweise in ein benachbartes Pflegeheim in der Friedenauer Albestraße umziehen, wo er etwas mehr als ein Jahr bis zu seinem Tod lebte. Am 19. Dezember 2025 haben wir die Urne von Bernhard auf dem Bartholomäus-Friedhof in Weißensee, Giersstraße 19, in kleinem Kreis unter einem Baum in die Erde gelassen. Neben mir war Christa Caspar, eine unserer Kassenprüferinnen, anwesend. Bernhard, der knorrige Typ mit der ganz besonderen Intonation in der Sprache, wird mir fehlen.



Die symbolische Brückenbenennung der Rosa-Luxemburg-Brücke durch die Berliner Geschichtswerkstatt am 23. Mai 1987, links Bernhard Müller, Berliner Geschichtswerkstatt © Detlev Davids

„Der schlimmste Fehler von Frauen ist ihr Mangel an Größenwahn“ Veranstaltung der BGW zum 8. März 2026

Gabriele Frydrych und Peter Lassau

In diesem Jahr widmen sich die drei bewährten Referentinnen Dagmar Giesecke, Elke Mocker und Gertrud Fischer-Sabrow der DDR-Frauenbewegung. In Sachen rechtlicher und beruflicher Gleichstellung war die DDR in den 1970er Jahren der Bundesrepublik weit voraus. Es gab dennoch bei den Frauen genug Anlass zu Kritik und Wünschen. Auch in der DDR entstand eine Frauenbewegung. Drei Vertreterinnen, die für die Rechte der Frauen eintraten, werden vorgestellt: für die 1970er Jahre die Schriftstellerin Irmtraud Morgner, für die 1980er Jahre die Aktivistin Ulrike Poppe und für die Wendezeit 1989/90 die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel.



Dagmar Giesecke, Elke Mocker,
Gertrud Fischer-Sabrow
Foto: Gabriele Frydrych

Kaffee verkehrt

„Als neulich unsere Frauenbrigade im Espresso am Alex Kapuziner trank, betrat ein Mann das Etablissement, der meinen Augen wohlthat. Ich pfiff also eine Tonleiter rauf und runter und sah mir den Herrn an, auch rauf und runter. Als er an unserem Tisch vorbeiging, sagte ich, Donnerwetter‘. Dann unterhielt sich unsere Brigade über seine Füße, denen Socken fehlten, den Taillenumfang schätzen wir auf siebzig, Alter auf zweiunddreißig... Da der Herr in der Ecke des Lokals Platz genommen hatte, ging ich zu seinem Tisch, und besetzte den nächsten Stuhl. Ich nötigte dem Herrn die Getränkekarte auf und fragte nach seinen Wünschen. Da er keine hatte, drückte ich meine Knie gegen seine, bestellte drei Lagen Sliwowitz und drohte mit Vergeltung für den Beleidigungsfall, der einträte, wenn er nicht tränke. Obgleich der Herr weder dankbar noch kurzweilig war, sondern wortlos, bezahlte ich alles und begleitet ihn aus dem Lokal. In der Tür ließ ich meine Hand wie zufällig über eine Hinterbacke gleiten, um zu prüfen, ob die Gewebestruktur in Ordnung war.

Eine innere Anstrengung, die zunehmend sein hübsches Gesicht zeichnete, verzerrte es jetzt grimassenhaft, konnte die Verblüffung aber doch endlich lösen und die Zunge, also dass der Herr sprach: ‚Hören Sie mal, Sie haben ja unerhörte Umgangsformen.‘ – ‚Gewöhnliche‘, entgegnete ich, ‚Sie sind nur nichts Gutes gewöhnt, weil Sie keine Dame sind.‘“

Vor 50 Jahren amüsierte die Satire „Kaffee verkehrt“ bei ihrem Erscheinen viele Leserinnen (und Leser?). Noch heute scheint dieser Auszug in Schulen ein beliebtes Sujet für Textanalysen und Erörterungen zu sein. Und mit eben diesem Auszug aus dem Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz nach Zeugnissen ihrer Spielfrau Laura“ beginnt Gertrud Fischer-Sabrow ihr Referat über die DDR-Schriftstellerin Irmtraud Morgner. Die wird 1933 in Chemnitz, in einem Haushalt ohne Bücher, geboren. Sie studiert in Leipzig Germanistik und Literaturwissenschaft und arbeitet danach im Lektorat und als freie Schriftstellerin.



Irmtraud Morgner, 1990
Foto: Bettina Flitner

Das Buch über die Trobadora Beatriz erscheint 1974 in der DDR, 1976 in der BRD und verschafft der Autorin, die immer wieder von der Zensur belästigt und von ihrem zweiten Ehemann sogar bespitzelt wurde, zu großem internationalen Erfolg. Eine Trobadora Beatriz des Dia hat es unter all den männlichen Minnesängern tatsächlich gegeben. Sie lebte im 12. Jahrhundert. In Morgners Roman wacht sie als fiktive Figur nach langem Schlaf 1968 in Frankreich auf und sucht eine Welt, in der die Gleichberechtigung von Frauen und Männer verwirklicht ist.

Nach einigen Irrfahrten wird ihr die DDR als „gelobtes Land“ empfohlen. Wie der Textauszug „Kaffee verkehrt“ aber zeigt, gibt es auch in der DDR auf dem Weg zur „Utopie Mensch“ noch einiges zu erledigen. In Morgners Roman treffen realistische Erzählweise auf fantastische Elemente. Die Göttinnen Demeter und Persephone wollen ein Matriarchat errichten. Melusine, eine flugfähige Sagengestalt aus dem Mittelalter, will den Sozialismus verbessern. Diese mythischen Gestalten und Beatriz verkörpern starke Frauen.

Starke Frauen, allerdings ohne überirdische Kräfte, lernt Beatriz auch in der DDR kennen: Laura und Valeska. Beide meistern ihren Alltag souverän und jammern nicht über ihre „zweite und dritte Schicht“: Haushalt und Kinderbetreuung.

Diesen beiden Frauen im Roman und vielen DDR-Frauen im Alltag bleibt kaum Zeit für sich selbst. Irmtraud Morgner lässt durch ihre Figur Beatriz kundtun, dass es Frauen generell an Größenwahn fehle, um sich angemessen durchzusetzen und sich selbst zu verwirklichen.

An einer Stelle im Roman wünscht sich Valeska aus der Frauen-WG, ein Mann zu sein. Der Wunsch wird prompt erfüllt. Valeska hat nun die Möglichkeit, sich als Mann und als Frau auszuprobieren und ihre Identitäten zu wechseln. In diesem Wechsel steckt wohl die Sehnsucht nach nicht geschlechtsspezifischem Verhalten und festgelegten sozialen Rollen. Der Roman endet damit, dass Trobadora Beatriz beim Fensterputzen schnöde zu Tode stürzt.

Morgner stand trotz ihrer Kritik am System und trotz ihrer Erlebnisse mit der Zensur zur DDR und wollte den Sozialismus verbessern. Heute scheint die Autorin weitgehend vergessen zu sein. Das könnte an ihrem sehr komplexen 680-Seiten-Roman liegen, der vielleicht zu zeitgebunden und sehr mühsam zu lesen ist. Die Montagetechnik, die Morgner verwendet, erfordert viel Geduld. Eine Hörerin erklärt, sie habe sich regelrecht „durch das Buch gekämpft“. Andere geben zu, das komplizierte Werk nicht ganz gelesen zu haben. Irmtraud Morgner starb 1990 nach schwerer Krankheit. Den Anschluss an die Frauenbewegung der 80er Jahre konnte sie nicht mehr vollziehen.

Gabriele Frydrych

Summerhill in der DDR – eine verwegene Idee

Die Grundsätze antiautoritärer radikaldemokratischer Erziehung, wie sie Alexander S. Neill in seinem Internat in Summerhill praktiziert und propagiert, sind Richtschnur für den ersten unabhängigen Kinderladen in der DDR, den Ulrike Poppe zusammen mit ihrem Ehemann Gerd Poppe 1980 in Berlin-Prenzlauer Berg gründet. Nicht verwunderlich, dass diese Einrichtung bald verboten und zerstört wird. Summerhill als Alternative zum DDR-Erziehungssystem, das ging gar nicht, und dieser Versuch, Kinder der staatlichen Einflussnahme zu entziehen, wird gut zwei Jahre später unterbunden.

Wie Dagmar Giesecke in ihrem Vortrag über die Bürgerrechtlerin ausführte, war dies nicht die einzige Aktion, mit der Ulrike Poppe aneckte. Bereits 1967 – im zarten Alter von 14 Jahren also - hatte sie einen Brief an die Volkskammer geschrieben, unter anderem mit Fragen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands.

Für die Staatssicherheit Anlass, ihre politische Einstellung zu hinterfragen. Und ein Objekt für die Aktivitäten der Stasi ist sie weiterhin: Der bleibt nicht verborgen, dass der Prager Frühling und die westdeutsche Studentenbewegung die politische Einstellung dieser jungen Frau beeinflussen. Sie bricht ihr Studium auf Lehramt für Kunst und Geschichte ab, denn das Lehrerbild der DDR-Pädagogik, Summerhill und ihre Einstellungen lassen sich eben nicht miteinander vereinbaren.



Ulrike Poppe
Quelle: Robert-Havemann-
Gesellschaft e. V.

Diesen Weg verfolgt Ulrike Poppe zielgerichtet weiter. Sie wird Teil eines Netzes von Oppositionellen, zu denen unter anderen auch Robert Havemann gehört. Die Akteure treffen sich in Wohnungen, organisieren kulturelle Veranstaltungen wie Lesungen, Diskussionen etc. Ein besonderes Anliegen wird für Ulrike Poppe die Friedensbewegung. Sie knüpft vor allem Kontakte mit anderen engagierten Frauen wie Bärbel Bohley, aber auch mit westdeutschen Frauen aus den Reihen von Bündnis 90/die Grünen (Petra Kelly, Antje Vollmer). Sie verfasst ein Flugblatt gegen das Wehrdienstgesetz der DDR, das, nachdem Wehrkunde bereits 1978 als Schulfach eingeführt worden war, nun auch die Mobilisierung von Frauen ermöglichen wollte.

Unterstützung erhalten diese „Frauen für den Frieden“ von der protestantischen Kirche. Einer ihrer Stützpunkte ist die Erlöserkirche. Dieses unermüdliche

Engagement ist für die Stasi freilich kaum zu ertragen. 1983 werden Ulrike Poppe und Bärbel Bohley verhaftet. Sie sind inzwischen aber gut international vernetzt und werden nach 6 Wochen wieder frei gelassen.

Von 1989 bis zu den entscheidenden Wahlen im März 1990 sitzt Ulrike Poppe in enger Verbindung zu den Grünen am „Runden Tisch“ – sozusagen dem Konkursverwalter der DDR. Sie beteiligt sich an den Diskussionen und Kämpfen dort als Sprecherin der Bürgerinitiative „Demokratie jetzt“, deren zentrales Anliegen Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte ist.

Groß ist der Frust nach den ersten freien Wahlen der Volkskammer. Gewinner ist die CDU, Verlierer die SPD und vor allem die friedlichen Revolutionäre des Neuen Forums.

Es wird kolportiert, dass eines seiner Mitglieder bei Verkündung des Wahlergebnisses gerufen haben soll: „Erst hieß es: Wir sind das Volk, dann hieß es: Wir sind ein Volk und heute muss es heißen: Wir sind ein Scheißvolk.“

Wie auch immer: Berufspolitikerin wollte Ulrike Poppe nie werden. Vielleicht ist sie dafür zu aufrecht und ehrlich. Sie entschied sich dazu, als Studienleiterin bei der evangelischen Akademie Brandenburg die Folgen kommunistischer Diktaturen zu bearbeiten. Richtschnur des Handelns blieb für diese mutige Frau immer der Einsatz für die Menschenrechte, auch wenn dies mit Opfern und Risiken verbunden war. Eine Haltung, die ihr nicht nur bei der Referentin und unserem Publikum Respekt und Anerkennung einbrachte.

Peter Lassau

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“

Elke Mocker stellt die Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel vor: Die wird 1957 geboren und wächst als Tochter eines Diplomaten und einer Lehrerin in Potsdam und in Ost-Berlin auf. Nach einem Volontariat bei der „Jungen Welt“ studiert sie Kulturwissenschaft an der HU Berlin, promoviert dort mit dem etwas nebulösen Thema „Geschlechterspezifik individueller Vergesellschaftung“ und wird Assistentin an der HU. Sie bekommt in jungen Jahren zwei Kinder, die sie allein aufzieht.



Ina Merkel, 1990
© gezett

Merkel war vorher nicht in der Frauenbewegung oder Frauenpolitik beheimatet, als sie gemeinsam mit anderen (Sozialistische Fraueninitiative, Lila Offensive) ein Treffen in der Berliner Volksbühne organisiert. Ziel ist die Gründung eines autonomen Frauenverbandes. 1200 Frauen und ein paar Männer folgen dem Aufruf in die Volksbühne. Circa 60 Gruppierungen sind dabei vertreten. Ina Merkel hat dafür ein Manifest mit dem Titel „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ verfasst, das von der Schauspielerin Walfriede Schmitt vorgetragen wird.

Beim Treffen in der Volksbühne wird der „Unabhängige Frauenverband“ (UFV) gegründet, der sich auf folgende Eckpunkte einigt:

Das Eintreten für einen modernen Sozialismus, eine ökologische Reorganisation der Wirtschaft, für Demokratie, Selbstverwaltung und Öffentlichkeit, für eine multikulturelle Gesellschaft, für ein solidarisches Miteinander aller sozialen Gruppen.

Ina Merkel und Walfriede Schmitt vertreten den UFV beim ersten Zentralen Runden Tisch. Erst nach Protesten der Frauen wird der UFV zu dieser Sitzung überhaupt erst eingeladen. Zur Volkskammerwahl am 18.3.1990 geht der UFV ein Bündnis mit der Grünen Partei der DDR ein. Sie erhalten aber nur zwei Prozent der Stimmen. Der UFV erringt bei weiteren Wahlen 1990 einige Mandate im Landtag, in der Kommunalpolitik und ein Bundestagsmandat. Ina Merkel gibt ihren Posten als UFV-Sprecherin schnell wieder auf: „Meine kurze Erfahrung mit politischer Arbeit lief darauf hinaus, immer wieder dasselbe zu sagen und trotzdem nicht gehört zu werden.“ Sie widmet sich ihrer wissenschaftlichen Karriere und habilitiert über die Konsumgeschichte in der DDR. Ein weiterer Themenschwerpunkt ist für sie die Kinogeschichte der Nachkriegszeit. Von 2000 bis 2021 ist Merkel Professorin für Kulturwissenschaft in Marburg. Für sie sind Frauenfragen keine Sonderfragen, sondern Menschheitsfragen. Wenn explizit „Frauenfragen“ (oder laut Gerhard Schröder „Gedöns“) angesprochen werden, verenge und verfälsche das die Perspektive.
Gabriele Frydrych

„Damals wurde uns klar, dass Bleiben Lebensgefahr bedeutete - Eva Siewert und Alice Carlé, eine Liebe

während der Shoah“, hrsg. von Raimund Wolfert, Oranna Dimmig und Claudia Schoppmann (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Reihe B: Quellen und Zeugnisse, Band 14), Lukas Verlag: Berlin 2025

Rezension von Gertrud Fischer-Sabrow

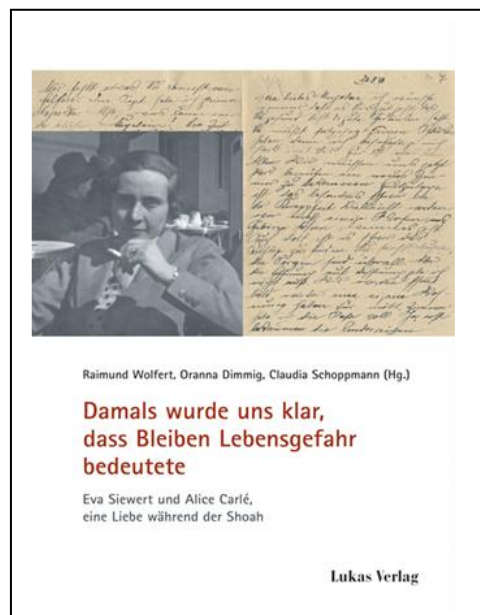
Unter den queeren Liebesgeschichten, die mittlerweile veröffentlicht werden konnten, sticht die Geschichte zweier Liebender im Angesicht des Holocausts hervor, die im vergangenen Jahr erschienen ist: „Damals wurde uns klar, dass Bleiben Lebensgefahr bedeutete - Eva Siewert und Alice Carlé, eine Liebe während der Shoah“.

Die Besonderheit liegt in der Nutzung verschiedener Textgattungen, in denen die tragische Liebesbeziehung zwischen der Journalistin Eva Siewert (1907–1994) und der Büroangestellten Alice Carlé (1902–1943) nachgezeichnet wird. Quellenbasierte Texte zu Biographie und Kontext, aber auch Originaltexte der Protagonistinnen Eva Siewert und Alice Carlé, zahlreiche Fotos und Bilder, die Eva Siewert malte, schaffen einen mehrschichtigen und multiperspektivischen Zugang zu deren Liebesbeziehung und ihren Lebensumständen.

Der Kern der Geschichte, die Raimund Wolfert und Oranna Dimmig darstellen, liest sich folgendermaßen:

In Berlin 1938 beginnt die Liebesbeziehung zwischen Eva Siewert (1907-1994) und Alice Carlé (1902-1943). Eva Siewert ist zwar als Sängerin ausgebildet, arbeitet aber hauptsächlich als Journalistin. Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in Persien ist sie ab 1932 für sechs Jahre bei Radio Luxemburg als Ansagerin und Chefmoderatorin tätig.

Wegen ihrer antifaschistischen Einstellung und als Halbjüdin stigmatisiert, muss sie in Berlin mit gering dotierten Büroarbeiten ihr Leben verdienen. In einem Büro lernt sie 1938 vermutlich in Alice Carlé die Frau kennen, die ihre Partnerin und die Liebe ihres Lebens wird. Über Alice Carlé ist wenig bekannt. Sie stammt aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie und absolviert eine Ausbildung als Büroangestellte. Die beiden Frauen teilen viele Interessen wie Musik, Literatur und Wassersport und werden schnell ein Paar.



Alice Carlé ist die ältere, die die Rolle der mütterlichen und verständnisvollen Partnerin übernimmt, zu der Eva nach eigenen Eskapaden immer wieder zurückkehren konnte.



1941 und 1942 wird Eva Siewert wegen belastender und kritischer Äußerungen zum NS-Regime mehrfach verhaftet und schließlich zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Zeit, die Eva Siewert im Gefängnis verbringt, wird auch von Alice Carlé als fast unerträglich empfunden. Nicht nur die Trennung von der Freundin setzt ihr zu, auch die zunehmende Drangsalierung durch die Judenverfolgung und die wachsende Furcht vor der Deportation belasten sie sehr. Im Februar/März 1943 tauchen Alice Carlé und ihre Schwester Charlotte unter. Hilfe erhoffen sie sich von dem illegalen Helferkreis um Franz Kaufmann, der Lebensmittelkarten und Pässe fälscht. Doch als dieser Kreis auffliegt, werden auch Alice und Charlotte Carlé verhaftet. Am 10. September 1943, elf Tage nach ihrer Festnahme, werden sie nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

In der Haftzeit von Eva Siewert gibt es nur spärliche Kontakte zwischen ihr und Alice Carlé. Vom Briefwechsel, der unter erschwerten Bedingungen wegen der strengen Zensur stattfindet, sind nur einige Briefe von Alice Carlé erhalten, die in vorliegendem Werk abgedruckt sind. Als Eva Siewert im Dezember 1943 freikommt, ist ihre Partnerin verschwunden. Erst nach dem 2. Weltkrieg erhält sie trotz intensiver Nachforschungen die letzte Gewissheit, dass Alice Carlé zu den Opfern des Holocaust gehört.

Als gebrochene Frau, von Krankheiten gezeichnet, die auf die Haftbedingungen zurückzuführen sind, erlebt Eva Siewert die Nachkriegszeit. Sie schreibt literarische Texte, in denen sie ihren persönlichen Verlust verarbeitet. Auch die journalistische Tätigkeit nimmt sie wieder auf. Trotz mancher Erfolge erreicht sie nicht mehr eine so einflussreiche Stellung wie vor 1938. Neue Freundschaften scheinen ohne Dauer und tiefere Bedeutung zu bleiben. Der Kontakt mit dem Schriftsteller Kurt Hiller, einem Aktivisten der homosexuellen Bewegung, vertieft sich nicht.

Wie Eva Siewert die Jahre nach 1970 bis zu ihrem Tod 1994 mit all den Umbrüchen erlebt hat, ist nicht bekannt. Als sie Ende November oder Anfang Dezember stirbt, ist sie einsam und vergessen. Der genaue Todestag ist nicht klar. Ihr Haushalt wird nach ihren schriftlichen Zeugnissen in alle Winde zerstreut. Erst durch den Fund eines Koffers gelangen unbekannte Dokumente und Texte von ihr ans Licht. In diesem Koffer befand sich eine besondere Entdeckung, nämlich ein Teil der Briefe von Alice Carlé an ihre inhaftierte Freundin Eva Siewert. Sie sind Ausdruck einer Intimität, in die man als Leserin oder Leser nur zögerlich Einblick nehmen will und durchaus nachempfinden lässt, dass die Herausgeberin Oranna Dimmig zunächst unschlüssig war, diese Briefe zu veröffentlichen. Eingedenk des Rechts auf Persönlichkeit und Intimsphäre überwiegt in vorliegendem Werk das Recht auf Wissen, denn die Briefe sind wichtige Zeugnisse über das Leben von Jüdinnen und Juden unter dem Joch Hitlers im Untergrund. Sie machen deutlich, wie mit Mühe und Findigkeit der Briefzensur und der Kontrolle durch die Gefängnisaufsicht entgangen werden konnte.

Eva Siewert hat ihre Beziehung zu Alice Carlé sowohl lyrisch wie in Prosatexten verarbeitet. Die Gedichte entstanden während ihrer Haft im Oktober und November 1943, als keine Briefe von Alice mehr ankamen. Erst nach 1945 schrieb Eva Siewert die kurzen Prosatexte, und sie bestechen durch ihre ausdrucksstarke Präzision und Brillanz. Hervorzuheben ist insbesondere die kurze Novelle „Das Orakel“ von 1946, die das Buch einleitet. In diesem kleinen Meisterwerk fasst Eva Siewert ihre Geschichte mit Alice Carlé, die missglückte Auswanderung und das tragische Ende ihrer Freundin zusammen.

Raimund Wolferts und Oranna Dimmigs biographischer Essay zu Eva Siewert, der den Kern des Buches bildet, entspricht wissenschaftlichen Standards. Kundig erschließen Autor und Autorin detailliert Siewerts Leben und das ihrer Familie, ebenso ihren Freundeskreis, ihre Berufstätigkeit und ihre Reisen, auch die Liebesgeschichte mit Alice Carlé. Doch steht dieser Teil des Buches in seiner akribischen, überreichlich mit Verweisen und Anmerkungen versehenen Präsentationsform in einer gewissen Spannung zu der Erzählhaltung des Gesamtbandes.



Stolperstein, Beuthstraße 10, Berlin-Mitte, verlegt 2017

Anschaulich liest sich hingegen die Geschichte der Veröffentlichung, die die Kunsthistorikerin Oranna Dimmig präsentiert. Auf Umwegen gelangt sie an den Koffer mit Dokumenten und Fotos, die sie erst aufgrund von Raimund Wolferts Aufsatz von 2015 im Internet Eva Siewert zuordnen kann. Daraufhin holt sie buchstäblich Texte und Bilder aus dem „Keller ans Licht“, wie sie sagt, und beginnt eine Recherche, bei der sie versucht, die vielen Erinnerungsstücke wie ein Puzzle zusammenzusetzen.

Reich an Fakten und zugleich angenehm lesbar ordnet Claudia Schoppmann die Beziehung von Eva Siewert und Alice Carlé in das Leben und in die Verfolgung lesbischer Jüdinnen im Nationalsozialismus ein. Ausgehend von dem Schicksal zahlreicher queerer Frauen in der Weimarer Republik und der Zeit danach, macht sie sich auf die schwierige, aber ertragreiche Spurensuche zu einer Gruppe, über die es bislang keine umfassende Untersuchung gibt. Dafür wird die Liebesgeschichte von Eva Siewert und Alice Carlé ein weiterer Baustein.

Als Gemeinsamkeit lässt sich festhalten, dass in allen Texten des vorliegenden Werkes der emotionale Gehalt einer tragischen Liebesbeziehung in der NS-Zeit fassbar wird, den schon der Titel des Werkes andeutet. Doch erlaubt die Doppelbiographie auch eine noch weitergehende Lesart. Sie dokumentiert nicht nur das Schicksal zweier Frauen in ihrem durch jüdische Herkunft, politisches Engagement und lesbische Liebe geprägten Lebenskampf gegen Unterdrückung und Verfolgung durch das NS-Regime. Die beiden Frauen treten zugleich auch als Exponentinnen der „Neuen Frau“ oder besser der modernen Frau der 1920er und 1930er Jahre hervor, wie insbesondere Eva Siewert ins Auge fällt. Auf Fotos ist sie mit Kurzhaarschnitt, manchmal im kurzen Rock, gern aber im Hosenanzug und Krawatte zu sehen. Laut Dokumenten war sie eine unabhängige Frau, sportlich, mehrsprachig, weitgereist, als Journalistin erfolgreich und im Privatleben selbstbewusst genug, um sich die Freiheit der Liebe zu anderen Frauen zu nehmen.

Die Nazizeit bedeutet für Eva Siewert nicht nur einen biographischen Bruch, der sich nicht mehr heilen ließ. Der Typus Frau, den sie repräsentierte, war in der engstirnigen Zeit der frühen Bundesrepublik nicht gefragt. Auch späterhin konnte sie offensichtlich nicht mehr Anschluss an die neu entstehende lesbische Szene gewinnen.

Gerade aufgrund der Vielschichtigkeit des Sujets wie seiner erzählerischen Aufarbeitung ist die queere Lebensgeschichte von Eva Siewert und Alice Carlé ein fesselndes Buch, das ein emotionales Thema empirisch fundiert und facettenreich gestaltet.

P.S. Ein Exemplar des Buches befindet sich in der Bibliothek der Berliner Geschichtswerkstatt für alle, die es lesen oder nur darin schmökern wollen.

Eine Brücke für Rosa L. – Band 3 der Forum Reihe der Berliner Geschichtswerkstatt erschienen

Jürgen Karwelat

Am Montag, den 30. März 2026 wurde in einem Werkstattgespräch die neueste Veröffentlichung der Berliner Geschichtswerkstatt vorgestellt. Es ist die Dokumentation des längsten Langzeitprojekts der Berliner Geschichtswerkstatt: Die Benennung der Fußgängerbrücke über den Landwehrkanal nach der sozialistischen Politikerin Rosa Luxemburg. Von der ersten Forderung im März 1986 vergingen 26 Jahre bis zur Umsetzung im September 2012.



Während der Veranstaltung
am 30. März 2026
Foto: Anne Marie Frauendorf

Dann folgten weitere acht Jahre bis zur Veröffentlichung der Dokumentation. Am Abend erschienen etwa 15 Personen. Es waren fast alle anwesend, die an der Dokumentation durch Wort und Bild mitgewirkt haben. Leider war Peter Homann, der das legendäre Foto von der symbolischen Benennung am 23. Mai 1987 geschossen hatte, an diesem Abend verhindert. Gekommen war aber Detlev Davids, der 1987 in der Geschichtswerkstatt gearbeitet und neben der symbolischen Brückenbenennung damals zahlreiche weitere Aktivitäten der Berliner Geschichtswerkstatt dokumentiert hat. In der Broschüre sind sechs seiner 40 am 23. Mai 1987 aufgenommenen Fotos abdruckt. Es fehlte auch unser langjähriges Mitglied Bernhard Müller, neben Jürgen Karwelat der damalige Protagonist der Brücken- und Straßenumbenennungsaktionen. Bernhard war am 2. Dezember 2025 im Alter von 75 Jahren gestorben (siehe Nachruf in diesem Rundbrief, Seite 3).

Der Abend war durch den Rückblick auf die damaligen Aktionen geprägt. Es ging aber auch darum, an wen in und in welcher Form wir in der heutigen Zeit an Personen und Ereignisse erinnern sollten.

Wir veröffentlichen aus der Broschüre, die über die Berliner Geschichtswerkstatt bezogen werden kann, zwei Kapitel.

Eine Brücke für Rosa L. – Die Geschichte der Namensgebung für den Rosa-Luxemburg-Steg. 2026, 98 Seiten, 9,80 €, herausgegeben von der Berliner Geschichtswerkstatt, Band 3 Forum Berliner Geschichtswerkstatt

Wo ist das Problem?

Jürgen Karwelat

Die Namen von Straßen, Plätzen oder Brücken sind Symbole. Sie sind Ausdruck ihrer jeweiligen Gesellschaft und derjenigen, die die Macht haben, die Namen zu bestimmen. Sie dienen zum einen der Orientierung in der Stadt, stellen aber auch eine Ehrung von Personen dar, wenn Straßen nach ihnen benannt werden.

In Berlin kann man in vielen Stadtteilen anhand von Straßennamen große Teile der deutschen Geschichte lesen. Insofern ist es nicht ganz unwichtig, ob ein Platz nach einem alten Kriegshelden aus dem 18. Jahrhundert benannt ist oder nach einer Politikerin, die sich aktiv für die Demokratie eingesetzt hat. Deshalb stellte sich auch die Frage, ob der Ort, an dem Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 tot oder halbtot in den Landwehrkanal geworfen wurde, nach ihr benannt werden sollte.

Für uns, die Berliner Geschichtswerkstatt, war dies eine klare Sache. Als wir Anfang der 1980er Jahre erfuhren, dass die im Zweiten Weltkrieg zerstörte Lichtensteinbrücke wieder aufgebaut werden sollte, war es für uns selbstverständlich, dass an dieser Stelle der Name Rosa Luxemburg an der Brücke zu finden sein müsste, genauso wie man ihn dann auf dem Berliner Stadtplan sehen sollte.

Womit wir nicht gerechnet hatten: Rosa Luxemburg weckte damals, über 60 Jahre nach ihrer und der Ermordung Karl Liebknechts, heftige Emotionen. Für die einen war Luxemburg die Repräsentantin einer besseren, sozialen oder auch sozialistischen Gesellschaft. Für die anderen war sie nicht etwa Opfer eines politischen Mordes, sondern im Gegenteil eine Täterin als Vertreterin einer totalitären Gesellschaft, die für uns heute kein Vorbild sein kann.

Dazwischen befanden sich diejenigen, die Rosa Luxemburg zwar nicht wegen ihrer Handlungen ehren, aber an sie erinnern wollten, weil sie Opfer eines politischen Mordes war.

Symbolische
Brückenbenennung
am 23. Mai 1987
Foto: Peter Homann



Hinzu kam ein ideologischer Streit, der zwischen Ost und West geführt wurde. Die DDR-Nomenklatura hatte sich Rosa Luxemburg bemächtigt, weil sie als Mitbegründerin

der Kommunistischen Partei in ihre Traditionspflege passte. Rosa Luxemburg erstarrte dabei zur unnahbaren, nahezu religiös verstandenen Ikone, die nicht in Frage gestellt oder gar in Bezug zur aktuellen politischen Situation gesetzt werden durfte. Unzählige Straßen, Plätze und Einrichtungen in der DDR waren nach ihr benannt worden.

Entsprechend reserviert reagierten die West-Berliner Institutionen auf die Forderung nach einer Brückenbenennung am Landwehrkanal. Es ist sicherlich bezeichnend, dass gerade zwei sozialdemokratische Senatoren von West-Berlin die Ehrung ablehnten und als Grund unter anderem darauf hinwiesen, dass es schon in Ost-Berlin zahlreiche Benennungen nach Rosa Luxemburg gebe.

Zweifellos ist das Schicksal von Rosa Luxemburg für die deutsche Sozialdemokratie eine schwierige Angelegenheit, hatte sie sich doch im Ersten Weltkrieg von der SPD gelöst und waren Sozialdemokraten für ihren Tod am 15. Januar 1919 zumindest moralisch mitverantwortlich.

Und dann war da noch ein bürokratischer Einwand, der immer wieder vorgetragen wurde: Die 1987 errichtete Brücke habe bereits einen Namen, nämlich den der 1945 zerstörten Vorgängerbrücke, die nach dem Gründer des Berliner Zoos, Hinrich Lichtenstein, benannt worden war. Eine Umwidmung dieser Brücke komme nicht in Frage.

Tatsächlich unterliegen Umbenennungen nach dem Berliner Straßengesetz strengen Vorschriften und sind, mit Ausnahme der Absicht, Doppelbenennungen zu beseitigen, im Prinzip nur dann gerechtfertigt, wenn sie dazu dienen, Namen aktiver Kämpfer gegen demokratische Grundprinzipien zu beseitigen.

Aber war das, was dann schließlich am 25. September 2012 vorgenommen wurde, tatsächlich die Umbenennung einer Brücke, die Lichtensteinbrücke hieß? Gebetsmühlenartig hatte die Berliner Geschichtswerkstatt seit 1986 darauf hingewiesen, dass ihr kein offizieller Namensgebungsakt bekannt sei. Die Verwaltung blieb über 26 Jahre den Nachweis schuldig, dass irgendwann vor 1987 im West-Berliner Amtsblatt die offizielle Benennung für den Brückenneubau bekannt gegeben worden war.

Trotzdem wurde das Bauwerk im amtlichen Sprachgebrauch regelmäßig als Lichtensteinbrücke bezeichnet – so auch der Titel einer Broschüre zur Brücke, die die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen im Jahr 1990 herausgab. Dem stand allerdings die Tatsache entgegen, dass über all die Jahre, im Gegensatz zu nahezu allen anderen Brücken, an dieser kein offizielles Namensschild angebracht worden war.

Der Streit wurde am 25. September 2012 obsolet, die Doppelbrücke hat seitdem zwei Namen. Der zum Zoo gehörige Teil heißt Lichtensteinbrücke, der öffentlich zugängliche Teil hat den Namen Rosa-Luxemburg-Steg. Und da unterlief der Berliner Verwaltung schon wieder ein kleiner Fehler. Nach dem Berliner Straßengesetz dürfen reine Fußgängerbrücken in der Regel nur ein „Steg“ sein – also hätte es eigentlich ein Lichtenstein-Steg sein müssen. Die „Brücke“ erhielt der Gründer des Zoos, Hinrich Lichtenstein, als Ausnahme von der Regel. Aber so kleinlich wollen wir nicht sein, denn 2012 kam es ja endlich auch zum Rosa-Luxemburg-Steg.

Rosa Luxemburg - eine Ikone? Der DDR-Blick

Sonja Miltenberger

„Eine Ikone ist eine Person, die in der Welt der Prominenz einen besonderen Status erreicht hat. Sie ist nicht nur bekannt, sondern auch bewundert und oft als Vorbild angesehen. Sie zeichnet sich durch ihre außergewöhnlichen Leistungen und ihren Einfluss aus. Sie hat oft eine große Fangemeinde und bleibt über viele Jahre hinweg relevant.“

So kann man es im Internet nachlesen. Aber wie wurde Rosa Luxemburg von den jeweiligen Machthabern der DDR wahrgenommen?

Der erste und einzige Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, war, wie Rosa Luxemburg, zunächst Mitglied der SPD, dann der USPD und letztendlich der KPD. Sie kämpften gemeinsam für die gleichen Ideale.

Hinzu kommt, dass Pieck die Verhaftung Luxemburgs und Liebknichts in Wilmersdorf hautnah miterlebte und mit ihnen zusammen ins Hotel Eden gebracht wurde. Nach den bisherigen historischen Erkenntnissen konnte er die Freicorps-Soldaten mit einem falschen Pass täuschen und wurde freigelassen.

Vielleicht ist die gemeinsame politische Erfahrung ein Grund, warum Rosa Luxemburg in Piecks Amtszeit als Präsident mit sehr viel Respekt und Hochachtung in der Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft behandelt wurde.

Etwas seltsam mutet es jedoch an, dass Liebknecht Luxemburg weichen musste. Der frühere Horst-Wessel-Platz in Berlin-Mitte wurde 1945 in Liebknecht-Platz umbenannt, was ja verständlich ist. Aber bereits zwei Jahre später, 1947, erhielt der Platz den Namen Luxemburgs und wurde 1969 dann auch mit ihrem Vornamen vervollständigt, so wie wir ihn noch heute kennen: Rosa-Luxemburg-Platz.

Im Jahre 1951 veröffentlichte der Dietz-Verlag das Buch „Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze“ von Fred Oelßner. Darin wird Luxemburg ein „Irrtum“ nach dem anderen nachgewiesen, aber ihren intellektuellen Leistungen immer auch Hochachtung gezollt:

„So sehr sie die Notwendigkeit fühlte und verstand, unter den neuen Verhältnissen neue Wege des Klassenkampfes zu suchen, sie legte doch immer den Maßstab der deutschen Sozialdemokratie an und blieb deshalb auf halbem Wege stecken. So scharf ihre Polemik oft war, sie blieb doch häufig – sei es auch unbewusst – von dem Milieu der Beziehungen beeinflusst, die sie mit den Opportunisten verband.“

Weiter geht es im Text um „irgendwelche Familientraditionen“, der sie „nicht untreu“ habe werden können. Kann es sein, dass Rosa Luxemburg ja nur eine Frau war, die zwar scharfsinnig denken konnte, aber dann doch nicht konsequent genug, und dann auch noch familiären Gefühlsschwankungen unterworfen war?

Walter Ulbricht war da ein ganz anderes Kaliber. Er begann, das politische System, das zu Beginn der DDR noch viel zu viel in die Richtung sozialdemokratischer Grundsätze tendierte, radikal zu „säubern“.

Andersdenkende wurden aus ihren Ämtern geworfen und die ideologische Einflussnahme verschärft – frei nach dem Motto: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.“ In diesem Plan hatte Rosa Luxemburg lediglich noch den Platz, als ermordete Kommunistin einmal im Jahr geehrt zu werden.

Mit dem Herrschaftsanspruch, der sich im Wort von der „Diktatur des Proletariats“ manifestiert und von Ulbricht ideologisch und staatsrechtlich in voller Härte durchgesetzt wurde, hatten die politischen Grundsätze Luxemburgs nichts zu tun.

Dennoch kam man an der jährlichen öffentlichen Ehrerbietung nicht vorbei, denn Rosa Luxemburg war in der (ost)-deutschen Gesellschaft bereits sehr tief verankert.

Nach langen innerparteilichen Debatten erschien 1974 der Text „Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung“ erstmals in der DDR in den „Gesammelten Werken“ Luxemburgs, wurde dort aber mit ausführlichen Erläuterungen versehen. In dieser Schrift kommt der berühmte Satz vor: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Obwohl Robert Havemann Mitte der 1960er Jahre und Wolf Biermann in den 1970er Jahren auf diese Aussage, einem Grundsatz der Demokratie, aufmerksam gemacht hatten, erlangte das Zitat erstmals 1988 eine Schlagkraft, mit der die damalige DDR-Regierung unter Erich Honecker nicht rechnete. Am 17. Januar 1988 gingen, wie jedes Jahr im Gedenken an die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg, Tausende auf die Straße.

Im Laufe der 1980er Jahre hatte sich nach und nach eine Bürgerrechtsbewegung entwickelt, die vor allem unter dem Dach der Kirche einen Ort fand. Am 17. Januar 1988 aber versammelten sich vor allem sogenannte Ausreisewillige und auch einige Bürgerrechtler, um mit eigenen Plakaten und Statements an der staatlich verordneten Demonstration teilzunehmen. Die Reaktion der Staatsgewalt war entsprechend hart. Es gab jede Menge Verhaftungen und Ausweisungen. Das war der Anfang vom Ende.



DDR-Opposition 1988. Das Foto wurde in einer Wohnung in der Schröderstraße, Berlin-Mitte, am Morgen des 17. Januar 1988 aufgenommen. Foto: Bernhard Freutel

Beim Versuch, sich der offiziellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration anzuschließen, kamen die abgebildeten Personen nicht weit, da sie bereits am Frankfurter Tor verhaftet wurden.

Eine Brücke für Rosa L. – Die Geschichte der Namensgebung für den Rosa-Luxemburg-Steg

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e. V.



„Subjektivität in der Geschichtsarbeit : Die Praxis der neuen Geschichtsbewegung am Beispiel der Berliner Geschichtswerkstatt“

Auszüge aus der Hausarbeit im Rahmen des Studiengangs Visuelle Kommunikation

Polina Berleva

Praxisbeispiel Berliner Geschichtswerkstatt

Gründung der BGW

Die Berliner Geschichtswerkstatt (BGW) wurde 1981 im Zentrum der alternativen Szene, dem Mehringhof, gegründet und war von Beginn an eng mit anderen alternativen Gruppierungen vernetzt – etwa mit der Friedens-, Frauen-, Hausbesetzer- oder Ökologiebewegung. Zunächst als Archiv der Berliner Alternativbewegung gedacht, entwickelte sich die Werkstatt bald selbst zu einer aktiven politischen Akteurin. Das Ziel war es, sich einzumischen, neue Perspektiven für aktuelle gesellschaftliche Kämpfe zu gewinnen und Menschen dazu zu ermutigen, politisch zu denken. Jenny Wüstenberg betont in ihrem Vortrag „Ist Geschichtsarbeit (heute noch) gefährlich? – Momentaufnahmen aus 40 Jahren Berliner Geschichtswerkstatt“ den rebellischen und oppositionellen Geist, der die BGW in der frühen Phase geprägt habe. Die Aktivist*innen sahen sich anfangs – durchaus mit Recht – einem massiven kulturellen Widerstand gegenüber.

Struktur, Arbeitskultur und Methoden

Die Berliner Geschichtswerkstatt arbeitete von Beginn an nach ähnlichen Prinzipien wie viele andere linksalternative Bewegungen: basisdemokratisch, ohne Hierarchien, getragen von freiwilliger Initiative und persönlichem Engagement. Die Mitarbeit sollte allen Interessierten offenstehen – unabhängig davon, ob mit oder ohne akademischem Hintergrund. Inhaltlich konzentrierte sich die BGW bewusst auf die lokale und regionale Geschichte Berlins. Wie viele andere Geschichtswerkstätten in der Bundesrepublik legte sie den Fokus auf konkrete Orte, Nachbarschaften und soziale Kontexte – und verstand sich zugleich als Teil einer größeren Bewegung. Der Austausch mit anderen Werkstätten fand regelmäßig über Foren, jährliche Treffen, Rundbriefe und gemeinsame Aktionen statt. Organisatorisch ist die Arbeit in der BGW in flexible Projektgruppen gegliedert. Diese Gruppen bestimmen selbst, an welchen Themen sie arbeiten und wie sie ihre Ergebnisse vermitteln. So entstanden im Laufe der Zeit zahlreiche Projekte zur Berliner Sozial-, Alltags- und Frauengeschichte.

Besonders häufig stand dabei die Zeit des Nationalsozialismus im Mittelpunkt. Innovativ war die Berliner Geschichtswerkstatt außerdem durch den Einsatz neuer Forschungsmethoden wie der Oral History, in der sie eine Pionierin war. Auch in der Vermittlung setzte die Werkstatt bewusst auf neue Formate. Ein Beispiel dafür sind die historischen Stadtrundfahrten mit dem Schiff, die von der BGW seit mehr als vier Jahrzehnten organisiert werden. Oder das „Mobile Museum“ – ein ausrangierter roter Doppeldeckerbus, der zur unkonventionellen fahrenden Ausstellungsplattform umgestaltet wurde, um ein breiteres Publikum auf die Erinnerungsarbeit und Protestaktionen der BGW aufmerksam zu machen.

Symbolische Aktionen und lokale Kämpfe um die Erinnerung

Kreative Protestformen gehörten immer zu den zentralen Mitteln der Berliner Geschichtswerkstatt – darunter symbolische „Happenings“, die von engagierten Aktivist*innen organisiert wurden. Ein wichtiges Beispiel ist der langwierige und konsequente Einsatz der BGW für die Benennung der Brücke am Landwehrkanal nach Rosa Luxemburg, deren Leiche 1919 ungefähr an dieser Stelle in den Kanal geworfen wurde. Mit jährlichen symbolischen Umbenennungen erinnerte die „Dampfergruppe“ der BGW über 26 Jahre an ihres Anliegen – bis ein Teil der Brücke schließlich offiziell als Rosa-Luxemburg-Steg anerkannt wurde. Ein Erfolg, der auf beharrlichen und kreativen Protest zurückgeht. Auch die symbolische Ausgrabung auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamts war ein solcher Akt des Erinnerungsprotests: Am 5. Mai 1985 gruben Aktivist*innen der BGW und des Aktiven Museums mit Spaten im Boden, während andere Gesetzestexte zur Judenverfolgung vorlasen. Mit dieser unangekündigten Aktion wollten die Beteiligten den politischen Stillstand durchbrechen und den lange vernachlässigten Ort endlich als Erinnerungsstätte sichtbar machen. Das ist ihnen tatsächlich gelungen: Wenige Monate später begannen erste offizielle Ausgrabungen auf dem Gelände – der Ausgangspunkt für das künftige Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“.

Projekt „NS-Zwangsarbeit“ – ein Meilenstein der Erinnerungsarbeit

Das Engagement der Berliner Geschichtswerkstatt für das Gedenken an NS-Zwangsarbeit hat die deutsche Erinnerungskultur maßgeblich geprägt. Seit 1993 forschte eine Projektgruppe zum Thema Zwangsarbeit in Berlin und Brandenburg – einem Thema, das damals noch kaum aufgearbeitet war.

Bei der Archivarbeit zeigte sich schnell, dass die Akten zur NS-Zwangsarbeit schlecht erschlossen waren und viele biografische Quellen und Fotografen fehlten.

Die Gruppe entschied sich daher, ehemalige Zwangsarbeiter*innen direkt zu kontaktieren und sie zu ihren Erfahrungen zu befragen. In den folgenden Jahren hat die BGW zahlreiche Briefe und Erinnerungen aus Polen, Tschechien und der Ukraine bekommen. Die Projektgruppe sammelte, archivierte und dokumentierte diese persönlichen Zeugnisse, um „dieser Opfergruppe [...] einen würdigen Platz im historischen Gedächtnis der Stadt einzuräumen“. Dabei ging es auch um die Orte der Verfolgung: In lokalen Ausstellungen wurden Hunderte von Lageradressen in Berlin sichtbar gemacht – darunter ehemalige Durchgangslager, Polizeigefängnisse und Arbeitserziehungslager. Die BGW forderte außerdem zusätzliche Informationstafeln an Ehrengräbern auf Berliner Friedhöfen, wo viele der Zwangsarbeiter*innen in anonymen Gräbern beigesetzt wurden. Ein wichtiges Ergebnis war außerdem die Gründung des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide – eine gemeinsame Initiative der BGW und der Antifa Treptow nach der Entdeckung des ehemaligen Lagers. Die von der BGW gesammelten Briefe, Fotos und Zeitzeug*inneninterviews wurden an das Zentrum übergeben und gehören bis heute zum Bestand der dortigen Ausstellung. Die BGW setzte sich auch aktiv für die Zwangsarbeiter*innen-Entschädigungen ein. Noch vor dem Stiftungsgesetz von 2000 unterstützte sie den öffentlichen Druck auf die Unternehmen, die die Entschädigungen nicht zahlen wollten.

Digitale Formate und Vermittlung

Die Epoche der Zeitzeug*innen der NS-Zeit geht zu Ende. Umso wichtiger ist es, ihre Erinnerungen zu bewahren und zugänglich zu machen. Zwischen 2004 und 2006 führten Gisela Wenzel und Ewa Czerwiakowski für die Berliner Geschichtswerkstatt mehrere Audio- und Video-Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiter*innen aus dem polnischen Łódź. Elf dieser Interviews wurden in das digitale Interviewarchiv „Zwangsarbeit 1939–1945. Erinnerungen und Geschichte“ aufgenommen – ein gemeinsames Projekt der Freien Universität Berlin und des Deutschen Historischen Museums. Das Online-Archiv enthält knapp 600 lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiter*innen aus 26 Ländern und wird durch Inhaltsverzeichnisse, Kurzbiografen, Fotos, Dokumente und eine interaktive Karte ergänzt.

Das digitale Format macht nicht nur Inhalte, sondern auch Ausdruck, Körpersprache und Stimme der Interviewten erfahrbar und trägt so zum Erhalt eines vielschichtigen Erinnerungsraums bei. Aus der Arbeit der Projektgruppe NS-Zwangsarbeit ist auch das Webprojekt „Z. B. Bosch – Zwangsarbeit im Hildesheimer Wald“ hervorgegangen. Es dokumentiert die Geschichte der Zwangsarbeit im Hildesheimer Bosch-Werk, in dem über 2.700 Menschen aus dem Ausland während des Zweiten Weltkriegs zur Arbeit gezwungen wurden.

Auf der Projektwebseite macht die Berliner Geschichtswerkstatt Videointerviews, Forschungsergebnisse und Hintergrundinformationen zugänglich – etwa zur Firma ELFI GmbH / Trillke-Werke GmbH, einem der wichtigsten Rüstungsbetriebe des NS-Staats. Dort mussten die Zwangsarbeiter*innen u.a. Bauteile für Wehrmachtspanzer und schwere LKW herstellen. „Ihre Erinnerungen ermöglichen die Auseinandersetzung mit einem Aspekt der deutschen Geschichte, der jahrzehntelang absichtlich verdrängt worden ist“, schreiben die Autor*innen des Projekts. Die Website hinterfragt, woher die Zwangsarbeiter*innen kamen, wie sie untergebracht waren, wie sie lebten – und was nach Kriegsende mit ihnen geschah. Die Zeitzeug*innen berichten in Interviews über Entwurzelung, Angst, Hunger, Gefangenschaft und Befreiung. Ergänzt werden die Erzählungen durch seltene Fotos, persönliche Dokumente und erläuternde Texte zur Zwangsarbeit und Unternehmensgeschichte.

An dieser Stelle führt der Gedanke zurück zu Lindqvists Aufruf, im Kontext persönlicher Erinnerungen auch die Verantwortung von Unternehmen zu untersuchen – und so die Verfechtung zwischen Geschichte, Erinnerung und Politik sichtbar zu machen.

Kritik an der neuen Geschichtsbewegung

Die neue Geschichtsbewegung wurde von der etablierten Wissenschaft am Anfang stark kritisiert. Der Begriff „Barfußforscher“ weist darauf hin: Er war zunächst eine abwertende Bezeichnung, die die Abgrenzung zwischen den Amateurforschungen und der „richtigen“ Wissenschaft verdeutlichen sollte. Den „Barfußhistorikern“ wurde „schrakenloser Subjektivismus“ und „Theorielosigkeit“ vorgeworfen. Auch Lutz Niethammer, ein wichtiger Vertreter der Oral History in Deutschland, warnte: Alltagsgeschichte sei kein direkter Zugang zur Vergangenheit und müsse theoretisch fundiert sein. Doch dieser Anspruch ließ sich nicht leicht mit den Prinzipien einer offenen, niedrigschwelligen Geschichtsarbeit verbinden.

Tatsächlich waren die Forschungen der frühen Forschungsgruppen aus heutiger Sicht methodisch unausgereift – nicht zuletzt, weil es an geeigneter Handbuchliteratur, Erfahrung und Struktur fehlte. Die Aktivist*innen waren sich dieser Mängel bewusst, wehrten sich jedoch gegen das exklusive Recht der etablierten Wissenschaft auf Forschung. „,Forschung‘ ist ein Wort mit Prestige. Menschen mit Macht und Einfluss versuchen es deshalb für das zu reservieren, womit sie selber beschäftigt sind. [...] Für uns bedeutet ,Forschung‘ ganz einfach ,Untersuchung‘. [...] Wer immer das mag, kann lernen, eine Sache zu untersuchen.“, heißt es in einem frühen Dokument. Rückblickend wurde die Hoffnung auf eine breite Laienbewegung jedoch als zu ehrgeizig eingeschätzt.

Unterschiedliche Vorkenntnisse und Erwartungen führten in der Praxis oft zu Spannungen – zwischen dem Wunsch nach theoretischer Tiefe und fachlicher Kompetenz einerseits und dem Anspruch auf Offenheit für alle andererseits.

Herausforderungen der subjektiven Geschichtsermittlung

Subjektive Perspektiven sind ein zentrales Thema für die Geschichtswerkstätten, doch gerade darin liegen auch methodische Herausforderungen. Subjektivität bedeutet – im Sinne von Michel Foucault – die gesellschaftliche Bedingtheit persönlicher Sichtweisen. Das Subjekt ist zugleich geprägt von Machtverhältnissen und fähig zu eigener Handlung und Reflexion. In der Oral History zeigt sich diese Spannung besonders deutlich. Menschen erzählen ihre Geschichte aus ihrer Sicht, die aber immer durch gesellschaftliche Normen und Diskurse geprägt ist. Neu gemachte Erfahrungen beeinflussen die Erzählung der Vergangenheit, verschiedene Zeitebenen vermischen sich. Dadurch können Verzerrungen und Widersprüche entstehen, die eine sorgfältige Analyse erfordern. Volker Ullrich beschreibt, wie die subjektive Innenperspektive produktiv erforscht werden kann: Zunächst müsse sich der Forschende möglichst weit in das Denksystem der historischen Akteur*innen hineinbegeben – als Form der „teilnehmenden Beobachtung“. Danach brauche es aber auch eine Distanzierung: Die subjektiven Wahrnehmungen müssen im gesellschaftlichen und politischen Kontext verortet werden. Nur durch die Verbindung von Erfahrungs- und Strukturgeschichte lasse sich die Bedeutung solcher Quellen einordnen. Zeitzeug*inneninterviews müssen deshalb sorgfältig vorbereitet, kontextualisiert und kritisch ausgewertet werden. Ein Beispiel aus der Praxis der Berliner Geschichtswerkstatt macht die Relevanz quellenkritischer Analyse deutlich:

Eine Zeitzeugin berichtete eindrücklich von einer Vergewaltigung im Jahr 1945. Durch weiterführende Recherchen stellte sich heraus, dass dieselbe Person zuvor mehrfach jüdische Nachbar*innen bei der Polizei denunziert hatte – ein wichtiger Aspekt für die historische Einordnung dieser Quelle. Trotz möglicher Widersprüche geht es in der subjektiven Geschichtsermittlung nicht darum, eine „richtige“ Geschichte zu erforschen. Im Zentrum steht tatsächlich das Subjekt – mit seinen persönlichen Wahrnehmungen, Deutungen und Interpretationen. Zugleich bleibt auch die Frage „Warum ist es so?“ für Historiker*innen relevant. In der Auswertungsphase ist es daher entscheidend, Brüche und Widersprüche sichtbar zu machen.

Berliner Geschichtswerkstatt heute: im Kontext der Institutionalisierung und Professionalisierung

Einen kritischen Blick – auch auf sich selbst – zu bewahren, gehört zu den zentralen Anforderungen geschichtspolitischer Arbeit, insbesondere dann, wenn sich institutionelle Rahmenbedingungen verändern und finanzielle Fragen stärker in den Vordergrund rücken. Schon seit Ende der 1980er-Jahre wird innerhalb der Berliner Geschichtswerkstatt darüber diskutiert, welche Spannungen sich aus der zunehmenden gesellschaftlichen Anerkennung, staatlichen Förderung und schrittweisen Professionalisierung ergeben. Die Berliner Geschichtswerkstatt ist als oppositionelle soziale Bewegung entstanden, die mit ihrer kritischen Geschichtsarbeit „von unten“ politischen Druck auf staatliche Strukturen ausübte. Doch mit wachsender Sichtbarkeit in Wissenschaft, Medien und Politik sowie einem zunehmenden öffentlichen Interesse an Geschichte wurde innerhalb der BGW wie auch in anderen Werkstätten immer deutlicher, dass sie sich nicht mehr eindeutig in der „Opposition“ befanden. Der Erfolg der Bewegung wurde zur eigenen Herausforderung: Die Geschichtswerkstätten drohten, „ihren kritischen Biss zu verlieren“. Jenny Wüstenberg formuliert in ihrem Beitrag zum Jubiläumsband der BGW „Erleben, Erinnern, Einmischen“ eine zugespitzte Frage: „Unter welchen Umständen kann Geschichte noch aufrütteln und den ‚Mächtigen‘ gefährlich werden – und soll sie das überhaupt?“. Damit rückt sie das Selbstverständnis heutiger Geschichtswerkstätten in den Fokus: In welchem Verhältnis stehen kritischer Anspruch und institutionelle Einbindung zueinander? Dass die BGW sich seit ihren Anfängen marginalisierten Themen gewidmet hat, ist unbestritten.

Doch gerade, weil ihr Ansatz heute zum Teil etabliert ist, erscheinen viele ihrer Inhalte nicht mehr so provokant oder widerständig wie früher. Die Werkstätten haben die Erinnerungskultur in Deutschland mitgeprägt – und damit zugleich auch die Bedingungen ihrer eigenen Wirkung verändert. Die großen Themen und Methoden der Werkstätten bleiben aktuell und bedeutsam, doch ihre geschichtspolitische Arbeit wird heute seltener als aufrüttelnder Beitrag zum Demokratieverständnis wahrgenommen. Daraus ergeben sich neue Perspektiven: Lässt sich die methodische und politische Kraft der Geschichtswerkstätten auch auf andere historische Kontexte übertragen – etwa auf die europäische Kolonialgeschichte? Und gibt es neue, bislang übersehene Themen, mit denen die BGW ihr kritisches Potenzial neu entfalten könnte? Es geht letztlich um nicht weniger als die Frage, welche Bedeutung die Berliner Geschichtswerkstatt in Zukunft haben wird – als Ort des impulsgebenden Widerspruchs und zugleich als anerkannte Institution.

„Durch ein Fenster gesehen ... Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute“

Anne Marie Frauendorf

Im Rahmen eines studentischen Projekts im Masterstudiengang Public History (FU Berlin) wurde in Kooperation mit dem Schöneberg Museum die Ausstellung „*Durch ein Fenster gesehen ... Blicke auf die Nachbarschaft und das SA-Gefängnis – 1933 bis heute*“ von Studierenden entwickelt, kuratiert und umgesetzt. Ich hatte dabei die Möglichkeit, vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mitzuwirken.

Die Ausstellung nimmt „Nachbarschaft“ als Ausgangspunkt und erzählt ihre Geschichte entlang verschiedener Ebenen: im Haus, um das Haus und im Kiez, 1933 wie heute. Besonders eindrücklich ist der Blick auf das Jahr 1933: Das ehemalige Kasernengebäude wurde von der SA als Gefängnis genutzt, in dem Menschen inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden. Gleichzeitig ging das Leben in der unmittelbaren Umgebung weiter. Anwohner/innen hörten Schreie aus dem Keller, sahen Gefangene auf dem Hof und wurden so zu Zeug/innen der Gewalt.



Foto: Anne Marie Frauendorf

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Kiez selbst, insbesondere auf der „Roten Insel“, die als politisch aktives Viertel gezielt ins Visier der Nationalsozialisten gerat. Die Verankerung der SA im Stadtraum, etwa durch Lokale und Stützpunkte, zeigt, wie systematisch Gewalt in den Alltag eingeschrieben wurde. Auch hier wird Nachbarschaft nicht als neutraler Raum sichtbar, sondern als politisch geprägter und umkämpfter Ort.

Weiterführend widmet sich die Ausstellung der späteren Aufarbeitung, und damit der Arbeit der Geschichtswerkstatt Papestraße. Die Mitglieder der 1991 gegründeten Geschichtswerkstatt Papestraße, recherchierten die Geschichte des Ortes, führten Gespräche mit Zeitzeug/innen und trugen Hinweise aus der Nachbarschaft zusammen.

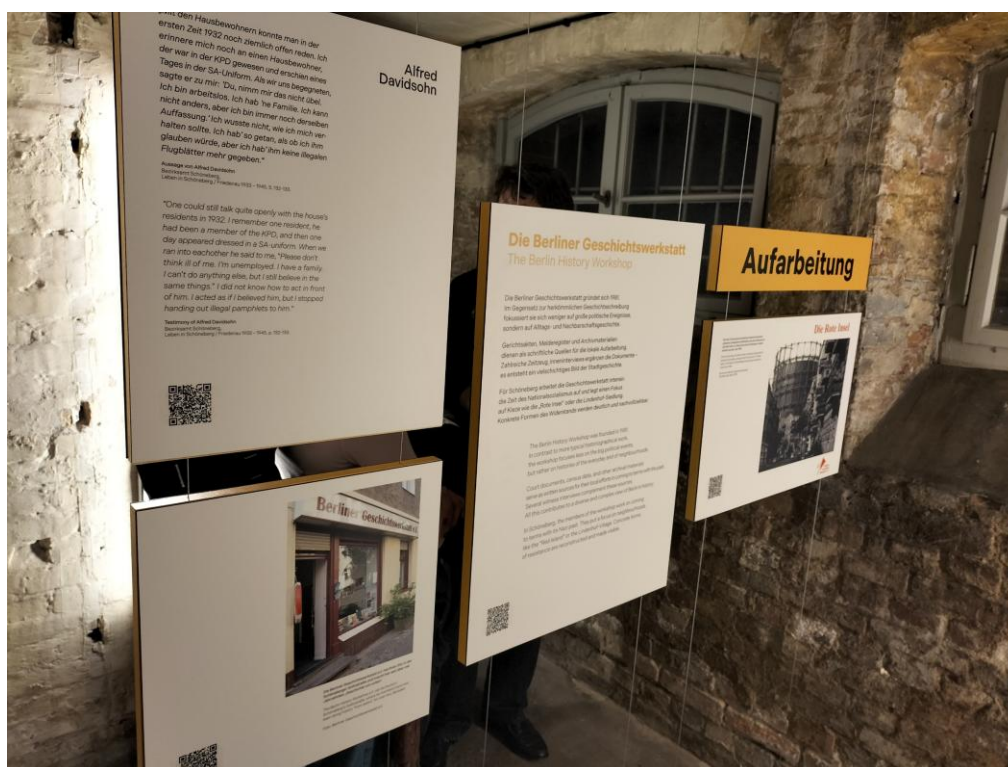


Foto: Anne Marie Frauendorf

Besonders eindrücklich finde ich, dass die Rekonstruktion des historischen Ortes ohne dieses Engagement kaum möglich gewesen wäre.

Auch die Arbeit der Berliner Geschichtswerkstatt, die seit den 1980er Jahren eine wichtige Rolle in der Erforschung von Alltags- und Nachbarschaftsgeschichte spielt, wird unter „Aufarbeitung im Kiez“ thematisiert. Besonders für Schöneberg hat die Berliner Geschichtswerkstatt die Zeit des Nationalsozialismus intensiv untersucht. Dabei wurde auch die „Rote Insel“ in den Blick genommen und konkrete Formen von Widerstand und Anpassung im Alltag sichtbar gemacht.

Am Ende richtet die Ausstellung den Blick auf die Gegenwart und fragt, wie Nachbarschaft heute gelebt wird. Sie zeigt, dass Zusammenleben ständig im Wandel ist: Menschen kommen und gehen, Gebäude werden neu genutzt, und auch Entwicklungen wie Gentrifizierung verändern das Miteinander. Das ehemalige Kasernengelände wirkt heute zwar ruhig, ist aber weiterhin ein Ort mit unterschiedlichen Nutzungen. Interviews mit Menschen, die dort arbeiten, machen deutlich, wie unterschiedlich Nachbarschaft heute wahrgenommen wird. Gleichzeitig entstehen neue Formen von Gemeinschaft: Mit dem 2023 eröffneten „Lebensort Vielfalt“ ist in direkter Nähe ein Projekt entstanden, das bewusst auf solidarisches Zusammenleben setzt. Gemeinschaftsräume, eine Kita und generationenübergreifendes Wohnen schaffen hier einen Ort, an dem Nachbarschaft aktiv gestaltet und gelebt wird. Die Inhalte werden insgesamt über verschiedene mediale Zugänge vermittelt: Zitate von Zeitzeug/innen, historische Fotografien, Karten des Geländes sowie Hörstationen lassen die Perspektiven der (damaligen) Nachbarschaft besonders eindrücklich erfahrbar werden.

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße

Werner-Voß-Damm 54a, 12101 Berlin

Öffnungszeiten: Di–Do, Sa & So: 13–18 Uhr

Laufzeit: 12.03.2026 – 27.09.2026

Eintritt: frei / Barrierefreiheit: Die Ausstellung ist eingeschränkt barrierefrei.

www.gedenkort-papestrasse.de

The exhibition is available in English.

Bericht aus der Geschichtswerkstatt

Marius Krefß

Im Jahr 2010 stirbt der Historiker Thomas Jersch. Er wird in Kreuzberg bestattet. Als ich sieben Jahre später nach Berlin ziehe, liegt meine Wohnung keine fünfhundert Meter entfernt. Bewusst wird es mir erst, als ich weitere acht Jahre später in einem Schöneberger Altbau sitze und in dessen Nachlass blättere. Es sind Dokumente aus den Archiven Deutschlands und Polens der 1920er und 1930er Jahre. Dass ich Zugang zu diesen habe, ist meinem Vater zu verdanken. Der ruft mich im Winter 2025 an und sagt, ich solle das Praktikum für mein Studium in der Berliner Geschichtswerkstatt absolvieren. Die Tochter eines Jugendfreunds sei dort gewesen, es habe ihr gut gefallen. Tatsächlich schreibe ich am Tag darauf eine Bewerbung.

Anne ist es, die mir antwortet und sagt, ich könne gerne zur nächsten Vorstandssitzung kommen. Erst später erfahre ich, dass auch sie noch vor Kurzem Praktikantin in der Geschichtswerkstatt war.



Bibliothek der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
aus der romantischen Perspektive
Foto: Anne Marie Frauendorf

Ich erscheine zum Vorstandstreffen in der Goltzstraße. Die Runde sitzt um einen Holztisch in der Ecke des kleinen Raumes, der erstaunlich viele Leute fasst, wie ich bald herausfinden werde. Jürgen führt das Wort, die wichtigsten Punkte sind bereits abgehakt. Es ist an mir, mich vorzustellen. Ich solle mich mit Sonja in Verbindung setzen, heißt es danach, sie könne sicher Hilfe bei der Archivarbeit gebrauchen. So kommt es, dass ich von Jerschs Nachlass erfahre, mit dem ich in den kommenden Monaten so viele Stunden verbringen sollte. Neben dem Archiv, sagt Jürgen, könne ich gelegentlich den Ladendienst übernehmen.



Archiv der Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Sammlung Jersch
Foto: Sonja Miltenberger

Zwei Wochen später weist Sonja mich in die Archivarbeit ein. Der dicke Ordner mit dem gelben Post-it-Zettel, auf dem „Jersch AM27“ steht, wird von nun an in meiner Verantwortung sein. Die Aufgabe reizt mich, dabei hatte ich mich selbst nie in einem Archiv gesehen.

Die meisten meiner Bewerbungen gingen, dem Geschichtsstudium zum Trotz, an Zeitungsredaktionen. Noch am selben Abend findet im Laden eine Veranstaltung statt. Es ist die Buchvorstellung einer Paul-Löbe-Biographie. Die Autorin liest selbst. Sie ist, wie könnte es anders sein, von Beruf Redenschreiberin für die Präsidenten des Deutschen Bundestags. (Gerade ist das, Gott stehe ihr bei, Julia Klöckner.) Ihr Interesse an Löbe liegt auf der Hand. Ich bleibe und helfe, Stühle aufzubauen und Getränke bereitzustellen. Die Veranstaltung ist gut besucht, man sitzt noch eine Weile beisammen und diskutiert über das Gehörte.

In den kommenden Wochen und Monaten finde ich mich immer wieder in dem Laden in Schöneberg ein und lese Schreiben des Auswärtigen Amts, lese die Korrespondenz zwischen Reichskanzlei und Preußischem Innenministerium, lese von der dringlichen Bitte, ein Treffen mit dem Führer zu vereinbaren, der erst in einigen Monaten wieder in der Hauptstadt erwartet wird. Dann öffnet sich die Tür und die Ladenglocke reißt mich aus meinen Gedanken. 1934. 2026. Ein Mann mittleren Alters betrachtet die ausgestellten Bücher. Als ich ihn begrüße, sagt er, er sei eigentlich hier, da er Fehler in einer Publikation zur Wilmersdorfer Geschichte entdeckt habe und wissen wolle, ob wir an dieser mitgewirkt hätten. Ich gehe nicht davon aus, doch sage ihm, dass ich sein Anliegen weiterleite, was ich auch tue. Meine Antwort scheint ihn nur teilweise zu befriedigen, die ausgestellten Bücher jedoch umso mehr. Er verlässt den Laden nach einigen Minuten und ich widme mich erneut den Dokumenten einer anderen Zeit. Die Tür öffnet sich noch zweimal, einmal klingelt das Telefon. Ich verkaufe einen Stadtplan des besetzten Berlins und eine Broschüre über jüdisches Leben in der Stadt gegen eine Spende von fünf Euro. Als ich den Laden abschließe, bin ich in Gedanken noch immer mit dem Nachlass beschäftigt.

Mitte Januar findet sich der Verein im Tiergarten ein. Gedacht wird der Ermordung von Rosa Luxemburg. An der Stelle, an der sie die Freikorpsoldaten in den Kanal warfen, befindet sich heute, nach jahrelangen Forderungen der BGW, der Rosa-Luxemburg-Steg. Ich trage ein Gedicht vor, das aus Sonjas ganz persönlichem Familiennachlass stammt. Darin heißt es:



Jährliche Ehrung am Rosa-Luxemburg-Steg, 11. Januar 2026

Marius liest ein Gedicht von Karl Schnog vor, mit dem Titel „Drei Mai-Feiern“ von 1947

Foto: Anne Marie Frauendorf

1. Mai-Feier

1912 Köln am Rhein

*„... Da stand die Prophetin, unwirklich und zart,
mit herrlichen Augen, beschwörend, bezwingend,
seltsames Wesen von eigener Art,
und dennoch die eigenen Wunschträume bringend.
Wer ahnte, wie nahe das Unheil gerückt,
der Sieg schien so nahe, und der Himmel stand offen
sie lauschten der Botin beglückt und verzückt
und alles war Sehnsucht und mailiches Hoffen ...“*

Es ist ein kalter Tag in Berlin. Schon seit Wochen liegen die Temperaturen weit unter dem Gefrierpunkt. In diesem Augenblick, erkältet und etwas übermüdet, denke ich, dass ich in der Berliner Geschichtswerkstat wohl in der Tat ganz richtig bin.

Impressum: Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Goltzstr. 49, 10781 Berlin
Fon: 030/215 44 50
E-Mail: info@berliner-geschichtswerkstatt.de
Website: www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Redaktion: Sonja Miltenberger, Redaktionsschluss 27. April 2026

